

# Demokratisches Wochenblatt.

Organ der deutschen Volkspartei.

No. 38.

Leipzig, den 19. September.

1868.

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis vierteljährlich bei allen deutschen Postanstalten sowie hier am Plage einschließlich Bringerlohn 12½ Ngr.; einzelne Nummern 1 Ngr. Abonnements für Leipzig nehmen entgegen die Herren M. Dolge am Markt, G. Reichert Gainsstraße 27, G. Hofmann Brühl 40, G. Dehler Neumarkt 6, G. Richter Peterssteinweg 7, Leipziger Consumverein Universitätsstraße und die Expedition d. Blattes G. W. Bollrath Windmühlenstr. 11. Für Dresden Filialexpedition F. W. Gressmann Wallstraße 10. Agent in London für England, Indien, China, Japan, Australien, Südamerika etc. die deutsche Buchhandlung von Franz Thimm, 24 Brook Street, Grosvenor Square, London.

Mit Nr. 39 schließt das dritte Quartal unseres Wochenblattes, und wir bitten die geehrten Abonnenten, die Bestellungen auf das neue Quartal rechtzeitig zu bewirken, damit die Zufendung des Blattes keine Unterbrechung erleide.

Inhalt: Politische Uebersicht. — Der fünfte Vereinstag deutscher Arbeitervereine in Nürnberg. — Der Internationale Arbeiterkongress. — Vermischtes. — Beilage: Zur Orientalischen Frage.

## Politische Uebersicht.

Immer drohender ballt sich das Gewölke zusammen, und der Kriegsherr des Norddeutschen Sonderbundes zieht herum, Herrschaft zu halten über seine Getreuen. Er war auch in Sachsen und hat dem König und den Soldaten recht viel Schmeichelhaftes gesagt. Im Sommer 1866 Spitzkugeln und Contributionen — heute süße Worte. Erstere sind nicht vergessen, und letztere wiegen gar leicht in der anderen Wagschale. Glaubt die Gewalt jetzt, da ihr eine größere Gewalt entgegentritt, durch ein paar Zärtlichkeiten und die Thatsache aus dem Gedächtniß zu wischen, daß sie Gewalt ist? Und glaubt die Gewalt, daß sie auch dann noch vor Recht gehen wird, wenn sie aufgehört hat, die größte Gewalt zu sein?

Von Sachsen zog der Kriegsherr über Mecklenburg nach Schleswig-Holstein und hielt in Kiel verschiedene wunderfame Reden. Dem Rektor der Universität, welcher die Segnungen des Friedens betonte, sagte der Monarch unter Anderem: „Was Ihren Wunsch für Erhaltung des Friedens betrifft, so kann diesen wohl Niemand lebhafter theilen, als ich, denn es ist für einen Souverän etwas sehr Schweres und vor Gott Verantwortliches, wenn er sich gezwungen sieht, das folgen-schwere Wort „Krieg“ auszusprechen, und doch giebt es Verhältnisse, wo er sich einer solchen Verantwortlichkeit nicht entziehen kann, nicht entziehen darf. Sie selbst sind in diesem Lande Zeuge gewesen, daß die Nothwendigkeit zu einem Kriege an einen Fürsten, wie an eine Nation herantreten kann, ja, daß wir uns heute vertrauend und mit gutem Willen (!) einander gegenübersehen, ist erst durch Krieg ermöglicht worden. Uebrigens sehe ich in ganz Europa keine Veranlassung zu einer Störung des Friedens und sage das zu Ihrer Beruhigung. Was Sie aber noch mehr beruhigen wird, das ist der Blick auf die mit Ihnen hier versammelten Repräsentanten meiner Armee und meiner Marine, dieser Kraft des Vaterlandes, welche

bewiesen hat, daß sie sich nicht scheut, einen ihr aufgezwungenen Kampf aufzunehmen und durchzuführen.“ — Zu dieser Auslassung läßt sich Manches bemerken. Die „lebhaft“ Friedensliebe eines Mannes, der vor drittehalb Jahren gegen den einmüthigen Willen seines Volks einen Krieg begann, den nur die schamloseste Geschichtsfälschung als einen Verteidigungskrieg bezeichnen kann, ist jedenfalls etwas fraglicher Natur. Freilich, wir bezweifeln nicht, daß in diesem Augenblick die Friedensliebe sehr „lebhaft“ ist; die 1866er „Schöpfung“ hat noch nicht die nötige Stärke erlangt, um einem heftigen Sturm troken zu können, und wann hätte je ein Eroberer gelebt, der nicht von den friedlichsten Gefühlen besetzt gewesen wäre, wenn die Behauptung des Eroberten alle seine Kräfte in Anspruch nahm?

Daß der König „nirgends eine Veranlassung zur Störung des Friedens sieht“, zeugt jedenfalls von einer sehr sanguinischen Gemüthsart, die leider von seinem Kriegsminister nicht getheilt wird. Oder sind die Terrainrecognitionen Moltke's und die neuerdings angeordneten Pferdeankäufe auf preussische Rechnung etwa bloß harmlose geographische Studien und ökonomische Experimente, die in dem Bewußtsein der Fortdauer des Friedenszustands ihren Ursprung haben? Und die notorischen Versuche, die Czechen und Ungarn für Preußen zu gewinnen — die Waffensendungen nach Rumänien — das Buhlen um die italienische Allianz — die Wuthausbrüche, weil Oesterreich die Ruthe nicht küssen will, mit der es 1866 geschlagen wurde, und alle Anerbietungen Preußens ausweichend beantwortet — sind das etwa Beweise dafür, daß die preussische Regierung „nirgends eine Veranlassung zur Störung des Friedens sieht“? Und die kolossalen Rüstungen in Frankreich, die Heereien der französischen Presse, die Unterhandlungen Bonaparte's mit den Regierungen Belgiens und Hollands, die militärischen Reisen französischer Stabsoffiziere in Deutschland — das sind wohl friedliche Anzeichen? Wahrlich, der Kriegsherr des Norddeutschen Sonderbundes hat ein großes Talent, bloß zu sehen was ihm lieb ist, und den häßlichsten Dingen eine hübsche Seite abzugewinnen. Wie mag sein vornehmster Diener ihn um diese Fähigkeit beneiden? Fortwährend schiebt der Schlaf das Lager des Heiligen von Vargin, und die im Schönfärben geübtesten Soldschreiber können es nicht mehr vertuschen, daß

das körperliche und geistige Befinden des gefallenen „Staatsmanns“ für dessen Zukunft die traurigsten Aussichten eröffnet. Und wie der Meister so das Werk. Einer der Hauptvorträger der nationalliberalen Partei, Dr. Eisner in Breslau, konstatiert in der „Breslauer Morgenzeitung“ mit folgenden Worten das Fiasco der Annexionspolitik: „Die politischen Annexionen sind nicht zu moralischen geworden, sondern in Folge von allerhand Maßregeln und Maßregelungen sind die Bevölkerungen, auf deren Gewinnung und Versöhnung es doch eigentlich abgesehen war oder hätte sein sollen, gerade in eine entgegengegesetzte Stimmung umgeschlagen. Es giebt in Schleswig-Holstein, Hannover, Nassau, Kurhessen und Frankfurt allerdings noch zahlreiche Anhänger und Verfechter der preussischen Annexionspolitik, wie es deren ja auch in den altpreussischen Provinzen Emden noch unzählige giebt, welche nicht aus Unmuth über die inneren preussischen Zustände die Sache der Einigung Deutschlands aufgeben wollen; aber wie in dem altpreussischen Volke, hat sich auch in den Volksmassen der neuen Provinzen ein Umschwung vollzogen, welcher nicht zu Gunsten Preußens gedeutet werden kann. Während Preußen unter den europäischen Mächten augenblicklich eine fast isolirte Stellung einnimmt und zu Frankreich, dessen Intriguen mit Oesterreich, Italien und Rußland ein öffentliches Geheimniß sind, in Beziehungen steht, welche den Ausbruch eines Krieges nur zu einer Frage der Zeit machen, herrscht im Innern eine Stimmung, welche alles, nur keine Befriedigte und gehobene ist.“ Wir haben dem kläglichen Gemälde nichts beizufügen.

Ueber den Umfang der „sogenannten“ Ersparniß, welche mit der um drei Monate verschobenen Einstellung der Rekruten erzielt werden müsse, stellt ein Berliner Correspondent der „Hannoverschen Volkszeitung“ eine Berechnung an. Der Hauptsache nach beschränkt sich die Maßregel darauf, daß etwa 60,000 Mann Rekruten für die Infanterie um ein Vierteljahr später als gewöhnlich einberufen werden. Ein Infanterist kostet aber dem Staate jährlich etwa 80 Thaler, macht für 60,000 Mann auf drei Monate 1,200,000 Thaler.“ Diese Ersparniß, bemerkt der Correspondent, welcher unsere Börse angeblich bereits eine „Belebung des Credits“ verdankt, reicht nicht einmal hin, die Etatsüberschreitungen auszugleichen, welche andererseits die theuren Haferpreise für die norddeutsche Bundeskavallerie und die Bundespostpferde nothwendig machen.“ Es bestätigt dies unsere anfängliche Auffassung. Nicht der Wunsch, das Volk zu entlasten, sondern Zucht vor Frankreich hat den Schritt diktiert. Die Wirkung auf Frankreich ist aber vollständig verfehlt worden, denn die gesammte offiziöse und sogar die offizielle französische Presse hat sich beeilt, die angebliche „Entwaffnung“ oder „Abrüstung“ als ein reines Scheinmanöver hinzustellen.

Jetzt wird halbamtlich mitgetheilt, der Landtag werde erst Anfang November zusammentreten. So lange kann es also Herr v. d. Heydt aushalten.

Beim letzten polnischen Aufstand (1863 und 1864) geriethen auch verschiedene preussische Unterthanen in die Gefangenschaft der Russen und wurden nach Sibirien geschafft. Mehrere Male machte die „übelgesinnte“ Presse darauf aufmerksam, daß die „Großmacht“ Preußen hier eine treffliche Gelegenheit habe, ihren „Einfluß auf das Ausland“ zu zeigen; sie solle die Freilassung ihrer Unterthanen fordern, wie dies Seitens anderer Regierungen mit Erfolg geschehen sei. Allein die „Großmacht“ war taub, nichts konnte sie zu einem Schritt bewegen, der in Petersburg übel vermerkt worden wäre. Vor einigen Tagen erfuhren wir nun plötzlich, ein preussischer Unterthan dieser Kategorie sei auf preussische Requisition frei geworden; und schon glaubten einige Enthusiasten, die erwähnte

Taubheit habe sich gelegt, und der einköpfige Adler dem zweiköpfigen solz die Stirn gewiesen, — da kam die charakteristische Mittheilung nachgehinkt, Preußen habe nur deshalb die Freilassung des Mannes verlangt, weil er — militärpflichtig geworden! So ächt militärstaatlich, das.

Erwähnen wir noch, daß Preßprozesse, Stieber'sche Hochverrathsprozesse und Säbelecesse in gewohnter Weise floriren, und daß die Nachrichten aus Ostpreußen immer trostloser lauten, so haben wir Alles erwähnt, was aus dem „Staate des deutschen Berufs“ zu melden ist.

An den südwestdeutschen Höfen wirken preussische Agenten jetzt sehr eifrig im Sinne der Militärverträge. Man begreift in Berlin, daß ohne die Mitwirkung der Südwestdeutschen das preussische Vertheidigungssystem nicht vollständig; aber die Südwestdeutschen begreifen auch, daß ihr Vertheidigungssystem ohne Oesterreich nicht vollständig ist, und da der Großstaat Preußen sich selber außer Stand erklärt hat, den Oberhein gegen einen französischen Angriff zu vertheidigen, so heißt Erfüllung der Militärverträge: Preisgebung Südwestdeutschlands an Frankreich. In Bayern, Württemberg, Baden, und Hessen wird man sich das wohl überlegen. Unsere Gesinnungsgenossen im Süden fordern wir aber dringend auf, nachdrücklichst gegen den (fleißig genährten) Wahn anzukämpfen, als sei ein Krieg zwischen dem französischen und dem preussischen Cäsarismus ein Nationalkrieg.

Daß unter den südwestdeutschen Soldaten keine sonderliche Begeisterung für die Militärverträge herrscht, kann man aus nachstehender Notiz entnehmen, die sich in den „Hessischen Volksblätter“ findet: „Darmstadt, 9. Sept. Von durchaus glaubwürdiger Seite wird uns eine neue Art der Bestrafung bei dem Militär mitgetheilt, welche einer der in diesem Sommer von Berlin zurückgekehrten Hauptleute mehrfach bei seiner in Offenbach garnisonirenden Kompagnie des 2. Infanterie-Regiments zur Anwendung gebracht haben soll. Dieselbe besteht darin, daß dem Soldaten, der sich eine Unregelmäßigkeit zu Schulden hat kommen lassen, außer dem Gepäck von 60 Pfund, das er so nie zu tragen hat, noch 15 bis 25 Pfund unnöthiges Blei in den Tornister gepackt und mit auf den Marsch gegeben wird. Bei Anhörung derartiger Grausamkeiten fühlt man sich wirklich versucht, zu fragen, ob man sich in der Mitte des 19. oder des 18. Jahrhunderts befindet.“ Man wird sich erinnern, daß auch nach Württemberg ähnliche Barbareien aus preussischen Kasernen importirt wurden.

Der österreichische Kaiser wird dieser Tage nach Galizien reisen. Man ist allgemein der Meinung, er werde der Provinz bedeutende Concessionen machen; und in Berlin fürchtet man, dies geschehe zu keinem andern Zweck, als um für den Fall eines Krieges über die Polen gegen Preußen und Rußland verfügen zu können. Daß im nächsten europäischen Conflict die polnische Frage eine wichtige Rolle spielen wird, haben wir zu wiederholten Malen auseinandergesetzt; und daß die österreichische Regierung diese Frage auszunutzen gedenkt, geht aus allen Maßregeln hervor, die sie in den letzten zwei Jahren in Galizien getroffen hat.

Ueber den „bulgarischen Aufstand“ werden beunruhigende Nachrichten ausgestreut. Schade, daß wir bei Gelegenheit der Kandiatischen Komödie die Fabrikanten und die Fabrikationsmethode kennen gelernt haben.

Die italienische Regierung soll in Paris die Abberufung der französischen Truppen aus dem Kirchenstaat gefordert haben. Wir bezweifeln das; Viktor Emanuel und seine Rathgeber wissen so gut wie wir, daß die Franzosen Rom besetzt halten werden, so lange die Macht Bonaparte's

ungebrochen ist. Und die Italiener sind nicht stark genug, sie zu brechen.

Einem Gerücht zufolge würde die spanische Regierung 30,000 Mann nach Rom senden, sobald der Krieg zwischen Frankreich und Preußen begonnen hat.

Garibaldi hat ein Schreiben an seine Wähler veröffentlicht, in welchem er auf sein Mandat für das Parlament Verzicht leistet. Garibaldi sagt darin, daß er wegen seiner Unfähigkeit, den Wählern Dienste zu leisten, resignire; körperliche Schwäche und das Bewußtsein, einem edeln und verlassenen Volke nicht helfen zu können, habe ihn von den Sitzungen des Parlaments fern gehalten. Er habe bedauert, daß er denselben bei der gegenwärtigen Bedrängniß des Staates nicht habe bewohnen können. Er sei bereit, sein Leben zu opfern, wenn sich Gelegenheit biete, dadurch dem Lande zu nützen.

Bei einer Wahl in einem der südlichen Departements in Frankreich hatte der Regierungskandidat 18,000, der Oppositionskandidat 12,000 Stimmen. Bei der vorhergehenden Wahl brachte es die Opposition nur auf 3000 Stimmen. Ein neues Memento für Bonaparte.

In Sachen der Freizügigkeit hat Schweden den Norwegern gegenüber einen, freilich noch sehr vorsichtigen Schritt gethan. Auf Grund eines, von der schwedischen Regierung schon früher gegebenen Versprechens ist eine Verordnung erschienen, wonach die Norweger sich fortan in Schweden sollen niederlassen und wohnen dürfen, ohne vorher die Erlaubniß dazu einzuholen; ferner ist ihnen gestattet, Schiffe auszurüsten, sowohl zur Binnen- (See'n), als auch zur äußeren (Küsten-) Fahrt, vorausgesetzt, daß der Haupt-Arbeiter geborner Schwede oder in Schweden domicilirt ist; ferner dürfen sie Grundbesitz erwerben, doch müssen sie, falls sie nicht selbst auf demselben Wohnung nehmen, einen gesetzlich verantwortlichen Vertreter bestellen; Handel und Gewerbe dürfen sie gerade so wie die Schweden betreiben, doch müssen sie in Schweden Domizil nehmen und sich in die Steuerrolle eintragen lassen.

Aus England schreibt man, der neue amerikanische Gesandte, Reverdy Johnson, habe Vollmacht zur Schlichtung des Alabama-Zwistes. (Die Alabama war ein Kaperschiff, welches die südstaatlichen Rebellen unter offenbarem Gewährlassen seitens der englischen Regierung in einem englischen Hafen ausgerüsteten, und das dem amerikanischen Handel viel Schaden gethan hat.)

Nach brasilianischen Berichten soll die Hälfte der ehemaligen Besatzung von Humaita, bei einem Versuch durchzubrechen, getödtet oder gefangen worden, und nur der Rest — 2000 Mann — entkommen sein. Die Bestätigung bleibt abzuwarten, und es klingt das Ganze um so unwahrscheinlicher, als den letzten paraguayischen Berichten gemäß die Besatzungstruppen, nach glücklich bewerkstelligter Räumung der über ein Jahr lang so heldenmüthig vertheidigten Feste den Rückzug völlig frei hatten. Dagegen bringt die jüngste südamerikanische Post aus unverständlicher Quelle eine andere Nachricht von größter, und den Brasilianern sehr ominöser Tragweite. Einem amerikanischen Kanonenboot, „Wasp“, das nach dem Kriegsschauplatz beordert war, wurde von den „Allirten“, d. h. den Brasilianern, die Passage verweigert, und in Folge dessen hat Staatssekretär Seward den amerikanischen Gesandten in Rio de Janeiro angewiesen, das Recht der Durchfahrt zu verlangen und im Weigerungsfalle seine Pässe zu fordern. Auf einen Krieg mit der mächtigen Union würden die Brasilianer es nun allerdings nicht ankommen lassen; aber das ganze Auftreten der nordamerikanischen Regierung beweist, daß

sie sich einzumischen wünscht, und nur nach einem geeigneten Anlaß sucht, der natürlich bald gefunden sein wird.

Der von den nationalliberalen Anführern gegründete Arbeiter-Sonderbund ist ein todtgebornes Kind. Die meisten Vereine, deren Delegirte aus dem Verband ausgetreten sind, werden entweder ihre Delegirten desavouiren und in denselben zurückkehren, oder — gesprengt werden.

Die Berliner „Zukunft“ schreibt, d. d. 16. d. M. „In der gestrigen von etwa 60 Personen besuchten Versammlung des Berliner Arbeitervereins“ referirte Herr Krebs über den Nürnberger Vereinstag. Als den Zweck des Referats bezeichnete er die Klarstellung seiner Haltung der Programmfrage gegenüber und die Zurückweisung der in der „Zukunft“ ausgesprochenen Verdächtigung (?), daß er zu den „Nationalliberalen“ übergetreten sei. Er habe die Wahl gehabt zwischen dem genossenschaftlichen Prinzip mit seinem sittlichen Fortschritt und dem angenommenen Programm, das nur Probleme enthalte, deren Realisirung eine vollständige Umgestaltung aller Verhältnisse bedinge. Den von Benedey vorgeschlagenen Ausweg, die Programmfrage auf ein Jahr zu vertagen und dadurch den Arbeiterbildungsvereinen Zeit zu lassen, nach Umänderung ihres Statuts sich erst in der Politik zu orientiren, habe er gebilligt. Sein Augenmerk sei auf die große Masse gerichtet gewesen, die für das Programm, mit dem er sich persönlich (s. oben „Probleme“) und als Mitglied der internationalen Arbeiterassoziation einverstanden erklären könne, noch nicht die nöthige Reife besitze. Dem Protest der Minorität sich anzuschließen, habe er zuerst Bedenken getragen, weil er zum Referenten über das „indirekte Steuersystem“ ernannt gewesen sei, als er aber Abends privatim gehört, daß die Majorität die unlautersten Mittel gebrauche, um das Programm durchzusetzen, sei es ihm klar geworden, daß man die Arbeiter in einer Schlinge fangen wolle, um sie zu communistischen Zwecken auszubenten. Darin habe ihn noch die Geringschätzung bestärkt, mit welcher der Referent über die Programmfrage, Schwichel, die Genossenschaften behandelt habe, die doch das Programm selbst in gewisser Weise anerkenne. Den Protest selbst habe er nicht unterschrieben\*), wohl aber den Berathungen der Minorität beigewohnt und dem neugebildeten Sonderbund den Anschluß des Berliner Arbeitervereins mit seinen 180 (?) Mitgliedern in Aussicht stellen zu können geglaubt. Herr Karl Hirsch weist zuerst den der „Zukunft“, gemachten Vorwurf zurück, da die dort aufgestellte Behauptung, Herr Krebs sei zu den Nationalliberalen gegangen, durch das erstattete Referat hinreichend bewiesen sei. Er bestreitet ferner, daß Krebs noch Mitglied der internationalen Arbeiter-Assoziation sei; derselbe sei vor kurzem aus der Reihe der Mitglieder gestrichen worden.\*\*). Redner weist sodann mit scharfer Dialektik auf die Widersprüche in dem Referat des Herrn Krebs hin; derselbe adoptire das Programm, stoße sich aber an Auslassungen des Referenten; derselbe verurtheile und verdamme das Programm als Utopie und Problem und bekenne sich wieder als Mitglied der internationalen Assoziation, mit deren Bestrebungen eben das Programm sich einverstanden erkläre. Benedey, mit dessen Antrag Herr Krebs einverstanden sei, habe mit der nationalliberalen „Clique“ in keiner Verbindung gestanden, wohl aber Hr. Krebs und da sei ihm durch „Privatgespräch“ erst Alles klar geworden. Red-

\*) Wohl aber die Austrittserklärung.

\*\*.) Dies ist ungenau. Der Antrag auf Ausstoßung des Krebs ist gestellt, und wird auch ohne Zweifel angenommen werden, aber die Entscheidung ist noch nicht erfolgt.

ner fordert hierauf Herrn Krebs auf, die „unlauteren Mittel“ der Majorität zu bezeichnen und schließt mit den Worten, daß er nicht, wie Hr. Krebs, Bedauern über die Spaltung, sondern Freude über das Ausscheiden der nicht zuverlässigen Elemente aus dem Verband empfinde. Hr. Krebs repliziert kurz, er habe keine so strenge Scheidung der politischen Parteien in Nürnberg wahrgenommen, müsse sich also immer noch gegen den Vorwurf, er sei zu den Nationalliberalen gegangen, verwahren. Auf die Aufforderung des Vorredners, die unlauteren Mittel der Majorität zu bezeichnen, antwortet Hr. Krebs nicht.

Ein von Herrn Hirsch eingebrachter Antrag lautet: „Der Berliner Arbeiter-Verein mißbilligt die von seinem Vorsitzenden beim Nürnberger Arbeitertag eingenommene Haltung.“ Für diesen Antrag sprechen die Herren Richter, Lehmann und Havenith, welcher letztere besonders darauf hinweist, daß die Arbeiterbestrebungen nimmermehr als nationale, sondern nur als internationale Erfolg haben könnten, dagegen die Herren Sipke und Weise. Der Letztere hebt hervor daß der Antrag formel nicht berechtigt sei, da Herr Krebs kein Mandat des Arbeitervereins gehabt habe. Es könne sich nur darum handeln, ob der Berliner Arbeiterverein sich mit der Majorität oder mit der Minorität des Nürnberger Arbeitertages einverstanden erkläre. Er (Weise) müsse sich für die Minorität entscheiden, da die Majorität sozial-demokratische Bestrebungen verfolge und mit den Cassalleanern Hand in Hand gehe. Hr. Krebs sei in einer zweifelhaften Lage gewesen und habe sich kaum anders entscheiden können. Was die Majorität betreffe, so sei sie zwar nicht durch unerlaubte aber doch nicht durch löbliche Mittel entstanden; es seien Deputierte mit Mandaten von Vereinen erschienen, mit denen sie außer jeder Verbindung ständen. (Der Hr. Redner weiß wohl nichts davon, daß schon vor Wochen die National-Liberalen eben in Nürnberg sich allen Vereinen zur kostenfreien Annahme von Mandaten durch die Zeitungen empfehlen ließen? D. Ref.) Nachdem noch folgender Antrag des Herrn Havenith: „Der Berliner Arbeiterverein erklärt seine Zustimmung zum Programm der internationalen Arbeiter-Assoziation“ verlesen worden ist, geht ein Antrag auf Vertagung ein, welcher indeß mit 16 gegen 14 Stimmen (nabezu die Hälfte der Anwesenden sind Gäste) abgelehnt wird. Die folgenden Debatten bewegen sich meist auf persöhnlichem Gebiet oder behandeln allgemeine soziale Fragen. Ein erneuerter Antrag auf Vertagung wird angenommen, und soll die Diskussion über die eingegangenen Anträge den Gegenstand der nächsten Tagesordnung bilden. Zu bemerken ist noch, daß die von Hr. Krebs in Nürnberg über die Zahl der Mitglieder gemachte Angabe sich als total falsch herausgestellt hat. Herr Weise, der stellvertretende Vorsitzende erklärte, die Zahl betrage „etwa 100.“

Auf Antrag Uhlich's hat der Magdeburger Arbeiterbildungsverein „einstimmig“ das Benehmen seines Delegierten, Minner, auf dem Nürnberger Arbeitertage gut heißen und sich dem nationalliberalen Sonderbund angeschlossen. Das war zu erwarten. Wir werden in unserer nächsten Nummer das Charakterbild Uhlich's und seines zum Glück sehr zusammengeschmolzenen Anhangs vervollständigen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, das Organ Bismarck's, denunziert uns jetzt als „Kommunisten“. Erinnerung Herr Braß sich nicht, daß er, kurz ehe Lassalle auftrat, die soziale Frage mit Gewalt auf die Tagesordnung bringen, und täglich 2 Spalten seines Blatts für sozialistische, ja selbst „kommunistische“ Artikel offen halten wollte?

Herr Laute von der Fraktion Schweizer des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins hatte auf verwöhnten Sonntagabend eine Volksversammlung in dem Wiener Saal hierherberufen. Zweck derselben war Besichtigung des Arbeiter-Kongresses, den die Herren v. Schweizer und Frische behufs Organisation der Arbeiter zur nachdrücklichen Durchführung von Arbeitseinstellungen nach Berlin ausgeschrieben haben. Die Versammlung war außerordentlich zahlreich besucht und das Ziel des Arbeiter-Kongresses wurde in einer Weise besprochen, welche deutlich zeigte, nicht nur daß die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins anfangen, ihre geistige Selbstständigkeit gegen die bisher unumschränkte Präsidialmacht des Herrn Schweizer zu behaupten, sondern auch daß die Arbeiter im Allgemeinen die Strikes nach ihrem richtigen Werthe zu würdigen beginnen. Mit sehr wenigen Ausnahmen wurde von sämtlichen Rednern, auch von Herrn Laute, hervorgehoben, daß die Strikes nur ein Palliativmittel seien und in Folge des chernen Lohngesetzes nur einen vorübergehenden Nutzen schaffen könnten, wenn sie auf Lohnerhöhung statt auf Verkürzung der Arbeitszeit sich richteten. Eine Verbesserung in der Lage der arbeitenden Klassen sei überhaupt nur möglich, wenn sie als ein geschlossenes Ganzes der Kapitalpartei gegenüberstünden. Es müßte daher vor allen Dingen, und abgesehen von den Strikes, auf eine Organisation der gesammten Arbeiterklasse hingearbeitet werden, wie eine solche die Arbeiter Englands in den Gewerkschaften, den Trades' Unions, besäßen, demgemäß wurde beschlossen, sofort die Spitzen sämtlicher Gewerke Leipzigs zu einer Versammlung zu berufen, um die Bildung einer solchen Organisation zu beginnen, und aus dem Schooße dieser Versammlung sollte dann ein Deputierter zu dem Berliner Kongresse abgeordnet werden, um dort zu demselben Zwecke thätig zu sein. In der Debatte tauchte auch zur allgemeinen Ueberraschung Herr Fritz Mende, der Gegenpart des Herrn v. Schweizer, das Werkzeug der Frau Gräfin von Hafffeld im Interesse des preussischen Cäsarismus auf. Hatte Herr Fritz Mende schon in dem „Antlitzlichen Theil“ der „Freien Zeitung“ einen Beweis seines großen Nachahmungstalents geliefert, so war sein ganzes Auftreten in der Volksversammlung nur eine Illustration zu den bekannten Versen:

„Wie er sich räuspert, wie er spuckt,

Das habt ihr ihm glücklich abgucken;

Aber sein Genie, ich meine, sein Geist —“

Ja, von dem Geist Lassalle's war in allen Ausführungen des Herrn Fritz Mende, welche sich gegen die Strikes richteten, auch nicht ein Fünkchen zu spüren; und die grenzenlose Annäherung seines Auftretens konnte die klägliche Schwäche seines Kopfes nicht verbergen. Wenn er Stellen aus den Schriften Lassalle's anführte, so geschah es nur, um zu beweisen, daß er sie nicht verstanden hatte. Seine groteske Karrikatur des Agitators erregte das Gelächter, die Annäherung, mit der er seine unverbaute Weisheit in unerträglicher Breite zu Mark brachte, wiederholt den Unwillen der Versammlung. Sein Fiasko, seine Niederlage war eine vollständige, und mit ganzem Recht traf ihn die Bemerkung eines Redners, daß Lassalle selbst sich seiner geschämt haben würde, wenn er ihn hätte hören können. Hätte Herr Fritz Mende gegen die Meinung gesprochen, welche sich als die der überwiegenden Mehrheit der Versammlung kund gab, so hätte er sich über seine Niederlage mit dem Geschehe manches besseren Mannes trösten können. Aber der Sturm, der sich gegen ihn erhob, war ein Protest gegen das von ihm vertretene Bismarckertum, der um so energischer hervorbrach, als der an die Schürze der Frau Gräfin Hafffeld sich anklammernde Agitator seine gängliche Un-

fähigkeit für diese Rolle bewies. Welchen Antheil seine Unge-  
schicklichkeit an seiner Niederlage auch hatte, Herr Fritz Mendel  
möge es sich merken: es war der preussisch-cäsaristische Socialis-  
mus, der in ihm gerichtet wurde.

Am Mittwoch wurde die hiesige Gemeinde des „Allgemeinen  
Deutschen Arbeitervereins“ polizeilich aufgelöst. Wir wissen nicht, wie die Polizei ihre Handlungsweise moti-  
viret. Auffallend ist, daß die Maßregel gerade in dem Moment  
erfolgt, wo der „Allgemeine Deutsche Arbeiterverein“ gegen das  
Bismarck'sche System Front zu machen beginnt; und daß der  
genau auf dieselbe Art organisierte Haxfeldt'sche Verein,  
welcher notorisch für das Bismarck'sche System wirkt, ganz  
unbehelligt gelassen wird.

Der Vorort der Arbeitervereine und der Ausschuß der  
Volkspartei in Sachsen haben die Absicht, im Lauf des No-  
vember eine Conferenz zur Besprechung von Arbeiterangelegen-  
heiten zu berufen. Die Hauptgegenstände, welche zur Ver-  
handlung kommen sollen, sind die Gewerkschaften (Gewerbevereine, Trades Unions), die Arbeiterfrage  
und die Bergarbeiterfrage. Wir ersuchen die Vereine,  
ihre Maßregeln bei Zeiten zu treffen, damit eine zahlreiche  
Besuchung ermöglicht wird. An die Berufung eines Allge-  
meinen Deutschen Arbeiterkongresses, der übrigens  
aus naheliegenden politischen Gründen nicht in Preußen  
stattfinden kann, ist erst dann zu denken, wenn zwischen den  
verschiedenen Arbeiterorganisationen eine Einigung erzielt  
worden ist.

### Der fünfte Vereinstag deutscher Arbeitervereine zu Nürnberg (5-7. September).

Zunächst haben wir nachzutragen: In der Montagssitzung stellten  
Wolf (Mülten St. Niklas), Krause (Mülten St. Jakob), Albert  
(Blanchau), und Dr. Kirchner (Hildesheim) den Antrag: Die Er-  
örterung über die Beberverhältnisse auf die Tagesordnung des näch-  
sten Vereinstages zu setzen. Der Antrag wurde dem Vorort zur Be-  
rücksichtigung überwiesen.

Kerner beantragte Greulich (Zürich): Die Frage der direkten  
Gesetzgebung durch das Volk auf die Tagesordnung des nächsten  
Vereinstages zu setzen. Ebenfalls dem Vorort zur Berücksichtigung  
überwiesen.

Zu berichten ist: Germann (Leipzig) referirte nicht über  
Wander-, sondern über Kranken-Unterstützungsaffären. Ueber  
Wander-Unterstützungsaffären referirte Bürger (Göppingen).

Kerner sind in unserm Bericht die Namen mehrerer Vertrauens-  
männer falsch geschrieben: Motteler nicht Moteller (Grimmitschau);  
Sichelödörfer nicht Sichelödorfer (Mannheim); Kobitz nicht Tro-  
bitz (Dresden), Heimann nicht Heinnann (Koburg).

Der Antrag Beneden's lautet wörtlich:

1) In Erwägung, daß das Programm des internationalen Ar-  
beitervereins in seiner vorliegenden Fassung nicht einfach, klar,  
allgemein faßlich ist, weder klare, feste Ziele, noch haltbare Mittel zum  
Ziele bietet, weist die Versammlung das vorliegende Programm des  
internationalen Arbeitervereins zurück. — 2) In Erwägung, daß das  
von Bebel aufgestellte Programm, im Wesentlichen auf dem vorliegen-  
den Programm des internationalen Arbeitervereins fußend, den An-  
schluß an denselben beabsichtigt, fällt dies Programm des Herrn Bebel  
folgerecht mit dem vorliegenden Programm des internationalen Ar-  
beitervereins. — 3) In Erwägung, daß der internationale Arbeiterver-  
ein als Vorposten der ganzen Arbeiterwelt, als Pionier der großen,  
sozialen Arbeiterbewegung unterer Zeit sich Verdienste um die Arbeiter-  
welt Deutschlands und Europas erworben hat und täglich mehr er-  
wirbt, erkennt die Versammlung diese Verdienste freudig an und  
hofft, mit dieser Anerkennung die Bestrebungen des internationalen  
Arbeitervereins, so viel als unter den jetzigen Bedingungen möglich, zu  
fördern. — 4) In Erwägung, daß die soziale Frage, d. h. die Frage der  
sozialen Stellung des Arbeiters in der bürgerlichen Ge-  
sellschaft, nicht spruchreif, daß aber diese Frage die erste Lebens-

\*) Mittlerweile ist eine „Bekanntmachung“ erschienen, welche das  
Verfahren der Polizei, statt es aufzuklären, nur noch räthselhafter er-  
scheinen läßt. Wir werden auf die Sache zurückkommen. (Anm. d. Red.)

frage der Zukunft ist, sein wird und sein muß, erklärt der Arbeiter-  
tag, daß die soziale Frage in allen Arbeitervereinen vor allen anderen  
Fragen auf die Tagesordnung zu stellen ist, und daß eine Hauptauf-  
gabe des Vorstandes des Arbeitertages und seines Organs dahin geben  
muß, die Mittel zum Studium dieser Frage allen Arbeitervereinen so  
viel als möglich zugänglich zu machen. — 5) In Erwägung, daß die  
politische Organisation des Staates die Freiheit des Bürgers bedingt,  
erklärt der Arbeitertag, daß die soziale Frage wie die politisch-nationalen  
Lebensfragen nur dort zu einer heilsamen und durchschlagenden Lösung  
kommen können, wo der Staat demokratisch organisiert ist, wo das  
Volk selbstherrschend durch selbstgewählte gesetzgebende und vollziehende  
Gewalten, stets unter dem unmittelbarsten Einflusse des ganzen Volkes  
stehend, seine Geschicke selbst bestimmt und leitet.

Wir lassen nun nach der „Arbeiterhalle“ die von uns noch nicht  
mitgetheilten Reden in der Programmfrage folgen.

Feierabend (München): Fürchtet, daß es den Vereinen in  
Folge der unfeilsinnigen Gesetze in verschiedenen deutschen Staaten  
schwer sein werde oder unmöglich sei, sich in politische Vereine umzu-  
gestalten.

Bahlreich (Dresden): Verweist auf die Geschichte des Verban-  
des. Derselbe habe sich früher gegen die Behandlung der sozial-de-  
mokratischen Fragen erklärt; jetzt sei die Mehrheit der Vereine für ein  
sozial-demokratisches Programm. Das möchten die heutigen Gegner  
bedenken; auch sie könne die Wandlung erfassen. Er will eine Bes-  
tätigung; aber keine Verständigung um jeden Preis. Bei der Wahl  
eines Programms müsse man sich für dasjenige der internationalen  
Assoziation erklären; dasselbe biete den Boden, auf dem die verschie-  
denen Parteien in der Arbeiterbewegung sich zu vereinigen vermöchten.

Lhorade (Oldenburg): Wir wollen Politik in den Vereinen;  
aber wir wollen uns nicht über Einen Leisten schlagen lassen. Ich bin  
Zentralist und Gegner des Programmes der föderalistischen Democra-  
tie. Wir wollen die vollste Freiheit eines Jeden, nach seiner Façon  
selbst zu werden. Redner eifert gegen die ewige Bezeichnung: Bour-  
geois. Was man damit wolle? Er selbst sei kein eigentlicher Arbeiter,  
aber er habe Jahre lang für die Arbeiter gewirkt und thatsächliche  
Erfolge errungen, er sei vielleicht das Schrecklichste, was sich ein Ar-  
beiter vorstellen, er sei ein — Bankier! Er schließt mit der Aufforderung:  
„Lebten Sie das Programm ab und lassen Sie sich nicht beirren  
durch den dämonischen Zauber — der Pbrafe!“

Kirchner (Hildesheim): Befürwortet als „Lassalleaner“ die An-  
nahme des Programmes, weil er überzeugt ist, daß sich die Arbeiter  
dadurch auf dem rechten Boden befinden. Er schildert die Noth vieler  
Arbeiter, welche nicht genug verdienen, um sich zu ernähren und die  
langsam Hungers sterben. Wo der fleißige Arbeiter nicht genug verdiene,  
sei er durch Noth gezwungen, seine Kräfte rasch aufzugeben, seine Ge-  
sundheit zu zerstören und dadurch zum Verbrecher an sich selbst, an  
Weib und Kind zu werden. Daß dies der Fall sei, gehe daraus hervor,  
daß in den Arbeiterdistrikten das mittlere Lebensalter der Arbeiter  
weit unter demjenigen der besitzenden Klassen zurückstehe. Da noch  
von Selbsthilfe zu reden, sei directe Dummheit. Da sei der einzige  
Weg, Hilfe zu bringen, das Zusammenstehen aller Arbeiter allerorts.  
Und das empfohlene Programm bilde den Boden, auf dem dies ge-  
schehen könne; es führe zu einer allgemeinen Organisation, und nur mit  
ihm sei solcher Noth abzuhelfen. „Auf diesem Boden hören die kleinen  
Struipel auf, da fühlt und erkennt der Arbeiterstand seine Noth  
und da ist mit einer gemeinsamen Organisation das Arbeitervolk ein  
Löwe, dessen Lagen nicht mehr gefesselt sind, der sie zu gebrauchen weiß.“

Schöberger (Stuttgart). (Seine Rede wurde bereits mitgetheilt).

Karl Hirsch (Berlin): Man hört sonderbare Anschauungen:  
Arbeitervereine, die sich nicht mit Politik beschäftigen sollen, damit der  
konservative und der reaktionäre Mann sich neben dem demokratischen  
bewegen könne! Ist's denn auf diese Weise möglich, irgend ein be-  
stimmtes Ziel zu verwirklichen, ja nur irgend bestimmte, klare politische  
Ideen ins praktische Leben zu bringen? Andere wünschen mit Beneden  
wohl, daß etwas Bestimmtes Seitens der Arbeitervereine auch in  
politischer Beziehung geschehe, aber zur Zeit könne dies eben nur ein  
Wunsch bleiben, denn die Arbeiter seien noch nicht reif. Nun ja, wann  
sollen sie denn reif werden, an der Besserung ihrer Lage selbst mitzu-  
arbeiten? Wenn sie in ihren Bildungsbereichen genügend unterrich-  
tet worden, wie man Linienzüge verfertigt, Ellipsen konstruirt, französisch  
liest u. dgl. ? Es ist sündhaft wie man die Leute zur Verzeugung ih-  
rer edlen Zeit durch solche Spielereien veranlaßt, Indes sie dabei stets  
in ihrem Glend weiter leben müssen. Gründen Sie hunderttausend  
Arbeitervereine zu solchen Zwecken, und Sie leisten der großen Sache,  
für die wir kämpfen, um keinen Deut Nutzen. Wohl machen wir mit  
unserm Programm auch nicht sofort alle Fragen eben, aber wir brin-  
gen den Arbeiter zur Klarheit über seine Lage und zeigen ihm das  
Mittel, das er nur benutzen darf, um sich zu helfen.

Schulze (Hamburg): verliest ein Votum des Hamburger Ver-  
eins, das in politischer Richtung dem Programm zustimmt, aus sozial-

Gründen (Absatz 2) sich gegen dasselbe erklärt. Die Hamburger könnten sich selbst dann nicht für das Programm aussprechen, wenn durch dasselbe dem politischen Kampfe die nötige Energie verliehen werden könnte.

**Sartung (Wien):** führt an den österreichischen Verhältnissen, wo der deutsche Arbeiter mit dem anderer Nationalität in einer Werkstatt zusammenarbeite und dabei einsehen lerne, daß jedem Mund die gleiche Klage, die gleiche Sehnsucht nach Hilfe entströme, aus, wie die sozial-demokratische Arbeiterbewegung gar keine andere sein könne, als eine internationale. Weil man die nationale Zusammengehörigkeit seither zu sehr vernachlässigte, war es so leicht möglich, den Nationalitätenbader aufzuscheln und die Arbeiter zu verleiten, kurzfristiger Weise gegen sich selber zu wüthen. Redner wendet sich dann in scharfen Worten gegen die national-liberale Fraktion, deren Entgegenstimmungen gegen den mächtigen Strom der Entwicklung ihren eignen Untergang nur beschleunigen und leider mißleitete Arbeiter mitreißen werde; wenn sie auch diesmal noch den Beschluß zu ihren Gunsten durchsetzen könnte, das nächste Mal werde ihre Macht sicherlich doch zu Ende sein, das sei nur eine Frage der Zeit.

**Rögnier (Nürnberg)** spricht gegen die Annahme des Programms. **Greulich (Zürich).** (Seine Rede wurde bereits mitgeteilt).

**Krebs (Berlin)** ist gegen das Programm und für den Antrag Benedey's, weil die wirtschaftliche Frage und Besserung für den Arbeiter die Hauptsache sei.

**Pfeiffer (Stuttgart):** spricht nur, weil er es mit der Sache ehrlich und gut meine. Er versteht die Bewegung nicht mehr (!); sie werde immer verworren, man strebe nach den verschiedensten Seiten hin, während doch allen Parteien derselbe Gedanke zu Grunde liege und liegen müsse (!). Durch das neue Programm käme nur noch größere Unklarheit in die Sache, es sei nicht deutsch und lasse gar nicht absehen, wie es ausgeführt werden solle. Es gehe mit dem „demokratischen Staat“ um die Republik herum; warum sage man nicht lieber gleich ehrlich, daß man die Republik wolle? Man vermöge nicht einmal die Freiheit der Koalition zu erringen, das Nötigste für den Arbeiter, wie wolle man nun gar den demokratischen Staat bekommen? Es sei ein Programm von Phrasen, man komm nicht vom Fleck damit, es passe nicht für die Arbeitervereine. Man müsse man Bildung und Erkenntnis verbreiten, das führe wohl langsam, aber doch zum Ziel. Redner erklärt sich schließlich für Benedey's Antrag.

**Liebnecht (Leipzig),** dessen Rede bereits mitgeteilt wurde, war der letzte Sprecher.

In der nächsten Nummer bringen wir den „Protest“ und die Austrittserklärung der Sonderbündler, nebst etwelchen Anmerkungen, und vervollständigen unsern Bericht über die Sitzung des zweiten Tags\*).

## Der Internationale Arbeiter-Kongress.

Brüssel, den 9. September.

Kaiserliche Verfolgungen in Frankreich und ministerielle Opposition in Belgien haben nicht verhindern können, daß sich der Internationale Arbeiter-Kongress hier versammelt hat. Es sind über 70 Delegirte zugegen. Paris ist durch 12 Delegirte der dortigen Haupt-Gewerbevereine vertreten. Man hat beschlossen, daß die administrativen Geschäfte in den Morgen-Sitzungen in dem Schwanen-Hotel abgemacht und die Diskussion der verschiedenen Fragen in den Abend-Versammlungen im Circus-Theater geführt werden. Sonntag Abend statten die Delegirten ihre lokalen Berichte in der öffentlichen Sitzung ab. Aus diesen geht hervor:

1) daß die Bourgeoisie überall dieselbe despotische Gewalt ausübt, und daß in Folge dessen die Arbeiter überall zu jenen lokalen Kämpfen, die sich in den Strikes äußern, herausgefordert werden; 2) daß die Arbeiter im Ganzen die Strikes nur als unumgängliche zeitweilige Oppositionsmittel betrachten, die, ob sie gelingen oder nicht, nichts an dem Wesen der heutigen Zustände ändern, jedoch dazu dienen, das Proletariat, wie es in den Gewerbevereinen geschieht, zu organisiren;

\*) Von den Gesamtverhandlungen des Nürnberger Arbeitertags werden wir einen Separatabdruck à 1 Ngr. veröffentlichen, und bitten wir Bestellungen bei der Redaktion d. Bl. aufzugeben.

3) daß die genossenschaftliche Produktion als allgemeine gesellschaftliche Produktionsweise das einzige Mittel ist, die Arbeiterklasse von dem gegenwärtig auf ihr lastenden Druck zu befreien.

Die Pariser erklärten ihrerseits, obgleich in Frankreich die Assoziation gesetzlich aufgelöst und daher kein gemeinschaftliches Vorgehen der Mitglieder möglich sei, so würden sie dennoch an der Gesellschaft festhalten und Alles aufbieten, einzeln zu thun, was sie durch das Gesetz und die Polizei verhindert werden, als Assoziation zu thun. Diese Erklärung wurde mit allgemeinem Beifall aufgenommen.

Montag Morgen wurde das Kongress-Bureau gewählt und die Geschäftsordnung festgestellt. Jung aus London wurde einstimmig als Präsident, J. Ph. Becker aus Gen. und Dupont aus London als Vice-Präsidenten gewählt. Die Schriftführer gehören den verschiedenen im Kongress vertretenen Sprachengruppen an. In der Abend-Sitzung wurde der Jahresbericht des Generalraths in vier Sprachen verlesen. Das Theater war gedrängt voll und die Stellen, die das Betragen der französischen und der belgischen Regierung gegenüber der Assoziation brandmarken, wurden mit großem Beifall begrüßt. Nach Verlesung des Berichts wurden Glückwünschungsbriefe und Telegramme verlesen: von dem Redakteur der „National-Zeitung“ zu Amsterdam, von Arbeitergesellschaften zu Marseille, Triest, Pesth, Genf, Genua und von Delegirten des Nürnberger Arbeitertags, welche letztere den Anschluß der Arbeiterbildungsvereine an die Internationale Arbeiter-Assoziation meldeten. Catalan aus Genf eröffnete alsdann die Diskussion der Frage: „Wie haben sich die Arbeiter im Falle eines Kriegs zu verhalten?“ Er war der Meinung, daß die Arbeiter keine Macht haben, irgendwie thätig einzugreifen, und daß es der Erziehung und Bildung überlassen werden müsse, dem Krieg und den stehenden Heeren früher oder später ein Ende zu machen.

Henri von Paris war der Meinung, daß dies keine Frage sei, die ein spezielles Interesse habe für die Arbeiterklasse, und daß sie vom Standpunkte aller Klassen und aller Länder betrachtet werden müsse. Der russische und der mexikanische Krieg sei der Laune eines Mannes entsprungen, der über 40 Millionen Seelen verfüge. In Wirklichkeit wünsche Niemand den Krieg, aber wie sei er zu vermeiden? Er glaube, daß bei der nächsten Wahl Männer ernannt werden müßten, welche zu einer Veränderung der bestehenden Institutionen selbst beitragen. In seiner Eigenschaft als Franzose könne er nicht seine Gedanken ausdrücken, aber wenn er nicht die Umwandlung der Regierung verlangen dürfe, so werde er wenigstens eine Umwandlung der Institutionen seines Vaterlandes verlangen. Er sagte, vom politischen Standpunkte aus sollten die Franzosen durch die Wahlen durch volkshümliche Manifestationen, durch die sozialistische Propaganda zu einer Veränderung des Regierungspersonals gelangen, welches über das Leben und das Glück von 40 Millionen Menschen verfüge.

De Paeye von Brüssel sagte, der Krieg sei allerdings ein Uebel für uns Alle, aber unsere ewigen Protestationen halfen nichts, es handle sich darum, praktisch einzuschreiten. Es gäbe zwei Methoden dieses zu thun. Die eine, den Kriegsdienst zu verweigern oder die Arbeit für den Kriegsbedarf einzustellen, die andere nicht durch direkte Intervention, sondern durch, daß man die soziale Frage löse, welche den Krieg selbst unterdrücken werde. Dieses seien die Mittel dem Krieg ein Ende zu machen. Die erste Methode müsse beständig wiederholt werden, die zweite vernichte das Uebel an der Wurzel. Man habe gesagt, daß einzelne Personen die Ursache des Kriegs seien, dies sei ein Irrthum. Könige und Kaiser seien nicht

Wichtigste Weltfrage: Die einzig wahre Ursache des Krieges liegt in unseren sozialen Institutionen. Auch Nationen die nicht Nationen sind, Haupter hätten führen Krieg. Der kapitalistische Kriegszustand unternommen werden den Arbeitern zu Lasten. Die soziale Bourgeoisie habe ihre schwarzen Sklaven verkauft, die nördliche halb die schwarzen Sklaven abhaffen wollen, und die Kraft der weißen Arbeiter an ihre Stelle zu legen. Die ursprüngliche Ursache des Krieges sei die Forderung der Wilden, der Forderung einfach seinen besiegten Feind zu spüren. Nehme man die Forderung des Landes (seiner Arbeitsmittel) die man schon nicht festsetzt, und seine Bedürfnisse zu befriedigen. Der orientalische Krieg habe viel Blut gekostet, und was sei anders gewesen, als sein Kampf um die Produkte des Orients, ein sozialer Kampf? Können Vorkriegszeiten schon die Ursache des Krieges und würden Kriege erzeugen, wobei die soziale Frage gelöst sei.

Die übrigen Redner erkannten Alle die sozialen Zustände als die Hauptquellen des Krieges an und sprachen sich dahin aus, daß man außer dem von der Partei vorgeschlagenen Mitteln auch moralisch gegen den Krieg wirken könne. Ein Sprecher sagte, es sei bemerkt worden, daß alle Klassen ein Interesse an dem Krieg, zu unterdrücken, der könne nicht so sein, da die Bourgeoisie, welche den Krieg, die Kriege, bewilligt, und lebende Arbeiter der modernen industriellen Zeit amorphieren, die Soldaten, in der Form eines Despotismus, wird im Kampf der Arbeiter, von Konventionen, was man bei der Arbeit, am Abend, wurden die Arbeiter, die Arbeiter stimmten alle überein, daß Gewerbe-Vereine (Gewerkschaften) unumgänglich notwendig sind, und daß sie sich unter einander international verbinden müssen, um die Arbeiter-Frage zu lösen.

**11. November**

Brüssel, den 14. September

Die internationale Arbeiter-Association hat seine Arbeit beendet, ohne daß sich die belgische Polizei die Mühe genommen hätte, denselben zu belästigen. Nur wurde ein Franzose, Conguet, hundert Wargen von einem Polizei-Agenten an die Grenze begleitet, weil er schon vor einigen Jahren ein Mal ausgewiesen war. Der Kollekman hat hier die Verhandlungen zu intonieren, da er aber nicht angehört habe, an internationaler Delegation zu sein, so müsse er fort.

Die Art und Weise, wie die Verhandlungen geführt wurden, war vielleicht nicht die geeignetste, logische Schlüsse zu ziehen, was aber wichtiger als alles andere ist die Thatsache, daß die Arbeiter, öffentliches Aufsehen zu machen, worauf es die belgische Section abgesehen hatte. Die Diskussionen, wie schon gesagt, fanden Abends im Circus-Platz statt, wo sich das Bürgerthum zahlreich einfand. Sie waren insoweit zeitraubend, als die Beschlüsse immer erst am nächsten Morgen in den Sitzungen zur Abtinnung gebracht wurden und häufig so dann die Diskussion auf eine neue Thatsache über wichtiger als alles andere ist die Thatsache, daß die „Times“ den ganzen Jahresbericht veröffentlicht haben, in welchem die internationale Arbeiter-Association als ein bestehendes jedoch sehr unangenehm bekannt und als eine unangenehme Bewegung keine Partei und keine Klasse eine so weit verbreitete Organisation gehabt oder solche Ansprüche der Arbeiter-Association. Sie bekreitet weder die ausgedehnte Organisation noch die Macht und den Einfluß der Association, vertritt sich aber in der Zeitung — Organ der Bourgeoisie.

aber in tragendem Tone ärgerlich darüber aus, daß der Generalrath außer in Bezug auf das, was die Gesellschaft gebildet hat, kein gutes Wort für irgend Jemand habe, und daß doch einflußreich die anderen Klassen auch noch ein Wort mitzutreden hätten. Der Vergleich mit den ersten Christen ist von großer Tragweite. Die ersten Christen empfanden sich gegen die Führer der alten Welt, sie machten dem weltbeherrschenden römischen Reich den Garaus und schafften die von ihm Sklaverei ab. Die Arbeiter der Gegenwart empören sich gegen die heutige Religion, sie werden der kapitalistischen Produktion, der weltbeherrschenden Macht von heute den Garaus machen und die moderne Sklaverei (die Lohnsklaverei) abschaffen. Außer der „Times“ hatte die „Daily News“ einen Correspondenten in London, alle übrigen Zeitungen haben Artikel gebracht, die der Association nur förderlich sein können.

In Bezug auf die Streiks (Arbeits-einstellungen) wurde folgender Beschluß gefaßt: Der Kongress erklärt, daß ein Streik nicht das Mittel ist, die Arbeiter vollständig frei zu machen, daß es aber bei dem gegenwärtigen Stande der Arbeit und des Kapitals häufig eine Nothwendigkeit sein kann, es zu erfordern, die Streiks gewissen Regeln, nach den Bestimmungen der Organisation, der Disziplin und der Gesetzmäßigkeit zu unterwerfen. In Hinblick auf die Organisation der Streiks ist es erforderlich, bei jenen Gewerkschaften, die noch keine Verträge zu gemeinsamen Widerstand zu gegenseitiger Unterstützung und keine Vertretungsfunktionen für die Arbeiter haben, gewisse wichtige Entscheidungen zu begründen, sowie die Verhandlungen über Gewerke und aller Völker unter einander zu solidarisieren, indem in jedem Vorkriegsverbande gemeinsamer Widerstandsgesellschaften eine Karte zur Unterstützung der Streiks ertheilt wird.

Man soll mit einem Worte, das von der internationalen Gesellschaft unternommen, Werk fortgesetzt und Alles aufgegeben werden, um das Proletariat zum Masseneintritt in die Gesellschaft zu veranlassen. Die Möglichkeit der Opportunität und der Gesetzmäßigkeit ist von denselben Verbänden gemeinsamer Widerstandsgesellschaften in jedem Orte eine Kommission, welche aus Delegirten der einzelnen Gesellschaften zu ernennen, welche als Schiedsgericht über die Opportunität und Gesetzmäßigkeit rechtlicher Streiks zu entscheiden hat, aber dies ist erforderlich, das für den Zweck der Bildung dieser Schiedsgerichte bei verschiedenen Sektoren und den eigenthümlichen Sitten, Gewohnheiten und Beschäftigungen in unangenehmer Folge, gestattet werden.

Betreffs der Maschinen wurde beschlossen: In Erwägung, daß einerseits die Maschinen eines der wichtigsten Instrumente des Despotismus und der Ausnutzung in den Händen der Kapitalisten sind, und andererseits die Maschinen, die notwendig die Bedingung zur Substituierung eines wahrhaft sozialen Kooperations-Systems ist; daß die Maschinen nur dann wahre Dienste den Arbeitern leisten werden, wenn sie in Besitz der Arbeiter sind; daß die Maschinen, wie alle anderen Arbeitinstrumente, den Arbeitern selbst gehören und zu ihrem Fortschritt funktionieren müssen;

daß jedoch schon im heutigen Stande die in Gesellschaften des Widerstandes (sozialen, des römischen) existierenden Arbeiter bei Ausführung neuer Maschinen, intervenieren sollten, damit die Einführung in die Werkstätten nur unter gewissen Garantien oder Konventionen für den Arbeiter stattfinden.

Heber die Volksschulfrage wurde sehr lebhaft diskutiert, aber ein sehr unbefriedigender Beschluß gefaßt. Die Franzosen denen der Staat immer nur querecht wie ein Nagel durchs Gehirn ist, für Volksschulunterricht zu stimmen und außer dem Staat konnten sie keine Mittel wahrnehmen, den öffentlichen Volksschulunterricht zu organisieren, worauf es sich damit begnügen zu beschließen.

undziehung bei dem erwachsenen Arbeiter so viel wie möglich zu  
 haben. **Ueber die Grunderwerbungsfrage** entspann sich eine  
 lebhaftes Diskussion. Der Bericht der Kommission über die Frage  
 schon voriges Jahr zu Lausanne vorgeschichte, wo die Diskussion  
 in den letzten Sitzungen wegen einbrechender Dunkelheit verlagert  
 werden mußte, hatte in der Zwischenzeit eine sehr reichhaltige  
 Denkschrift ausgearbeitet, die in der öffentlichen Sitzung vor-  
 geleitet wurde. Die Denkschrift fängt mit dem Satz an, daß  
 das Privateigentum im Grund und Boden durch bürgerliche  
 Gesetz eingeführt worden ist, folglich auch wieder durch das  
 Gesetz abgeschafft werden kann. Das Verjährungsrecht vertritt  
 er schließlich sich auf die Stuart-Millsche Theo-  
 rie, daß deshalb kein Eigentumsrecht vorhanden ist, weil  
 das Land nicht durch Menschenhände gemacht worden ist. Wenn  
 die Arbeit als maßgebend dafür, ob ein Ding Privateigen-  
 thum sein darf oder nicht, zu betrachten ist, so sollte hinzuge-  
 fügt werden, durch die eigenen Hände gemacht. Erst etwa  
 keine Arbeit in barem Land. Dieser uns die Natur den  
 Grund und Boden so, daß wir gleich darauf sacken können  
 und ist die Ausrottung der Ungeheuer, kurz die Urbarmachung  
 seine Arbeit. Immerhin ist dies eine sehr unbefriedigende Kon-  
 kussion. Wenn der Rod berechtigt ist, Privateigentum zu  
 werden, weil er von Menschenhänden gemacht ist, so könnte  
 man andererseits die Frage aufwerfen, ist die Pflanze, Erde, Stein-  
 wand, woraus der Rod gemacht wird, das Produkt menschlicher  
 Arbeit oder enthalten diese Stoffe, wie der Grund und Boden,  
 eine natürliche Materie, welche nicht von Menschenhänden  
 gemacht worden? Ist das Grundeigentum nicht berechtigt,  
 weil kein Mensch die Erde gemacht hat, so kann auch der  
 Rod nicht Eigentum sein, weil der Mensch dem Schaf und  
 seinen Selbenvurm machen kann. Weiter geht die Denkschrift  
 zu einem Vergleich zwischen großer und kleiner Bodenkultur  
 über und kommt hier zu dem einzigen stichhaltigen Grund,  
 der vorgebracht wurde, nämlich, daß das Grundeigentum dem  
 öffentlichen Interesse schade. Der Beschluß der in Bezug auf  
 diese Frage gefaßt wurde, fordert, daß die Kanäle, Stein-  
 brüche, Mäntel u. s. w. Staats-eigentum sein sollen.

Der nächste Beschluß bezieht sich auf eine politische Frage,  
 die von den Schweizern eingebracht worden war. Sie ver-  
 langet, daß ein Programm der Liga festgelegt und ein Zu-  
 sammenschluß mit der Friedensliga angebahnt werden, zu wel-  
 chem Behufe sie bereits eine Reihe von Fragen aufgestellt ha-  
 ten, die noch nicht gebilligt wurden. Die Friedensliga be-  
 züglich, so würde man, daß die Internationale als solche nicht  
 dem Berner Kongress beistehen könne, wenn sich die Berner  
 Friedensliga gedessert hätten, so sei anzunehmen, die Reihe zur  
 Arbeiter-Association zu kommen. Die Kongreßbeschlüsse der  
 Internationalen, hies es seien ein vollständiges Programm,  
 dessen Bewerksichtigung, viele Jahre, erfordern würde. Es wurde  
 über diesen Punkt beschlossen, die Delegierten des Interna-  
 tionalen Kongresses, die aus eigenem Antrieb nach Bern  
 gehen wollten, müßten die Beschlüsse der Kongresse in Genf,  
 Lausanne und Basel mitnehmen, und sie dem Friedenskongress  
 vorlegen, sie könnten aber an den daraus entspringenden Dis-  
 kussionen über Beschlüssen mit als Privatpersonen Lohn neh-  
 men. Es wurde ferner beschlossen, da angeführt der Vertre-  
 tungen der Internationalen Arbeiter-Association kein zureichen-  
 der Grund für das Dasein der Friedensliga vorhanden ist,  
 so empfiehlt der Kongress den Mitgliedern der Liga sich

den verschiedenen Sektionen der Internationalen Arbeiter-Asso-  
 ciation anzuschließen. **Als Mitteilige** gemäß den Beschlüssen der Kon-  
 gressen den Arbeitern derjenigen Länder, deren Regierungen Krieg  
 klären, sie sollten die Arbeit während der Dauer des Krieges  
 einstellen. Es waren verschiedene Beschlüsse vorgeschlagen, aber  
 kein Beschluß. Man wollte nicht eine einzige Erklärung ab-  
 geben, aber auch nichts, Anstandsbeobachtet, beschließen, wie z.  
 die Verweigerung des Militärdienstes. Der Erste, hies es  
 ist selbst in Frankreich nicht angelegentlich, und alle Welt  
 sich dabei beteiligen. Es ist dem passive Widerstand, des  
 letariats, am besten Vorzug, als am Schluss des Kongresses  
 fand ein Banquet der Delegierten statt, welches die Präsi-  
 denten veranlaßt hatte. Es ging sehr heftig um  
 gesprochen wurde wenig.

**Vermischtes.** **Der Graf** steht so lange auf der Höhe Pfaffen, bis er  
 Schwadronieren und Liegen ist zuhause. **Man** hies, No  
 deutsche Land vor 2 Preußen. **Geduldige** Angehörige  
 gehen viele in einen Melancholie. **Man** soll den  
 Minister nicht vor dem A. S. G. **Man** soll den  
 gewinn am besten verkaufen. **Der** **Sehr**  
 alle die, die sich nicht mit dem Schicksal der  
 die Seelen nicht zu ändern können.

**A. Eichhoff's**

**Deutscher Arbeiterkalender**

1869

Inhalt: Die Arbeiterbewegung im Jahr 1867, 68, 69. **Preis 3 E.**

Arbeiter-Bereinen gewandt im 25. Rabat.

Die Verlagshandlung von A. Eichhoff in Frankfurt a. M. Preis 2/20

**Frankfurter Zeitung**  
 (Auflage 8500) und Handelsblatt. Auflage 8500

Der Abonnementspreis in Norddeutschen Lande  
 halb Preußens beträgt 1 Thlr. 27 1/2 Sgr. per Quartal.  
 Abonnements werden bei allen Postämtern angenommen.  
 Frankfurt a. M. im September 1868.

Die Expedition der Frankfurter Zeitung

Druck und Verlag von A. Eichhoff in Frankfurt a. M.  
 Expedition: Windmühlenstraße 11.

Hierzu eine Beilage.

D  
 Anderer  
 ihre T  
 tikel zu  
 ihre Lei  
 Die G  
 Liebe v  
 Auch d  
 lichen  
 der Cri  
 was A  
 D  
 Spieler  
 natürl  
 Serbien  
 will ich  
 der me  
 über di  
 Erste  
 verlaße  
 bei, die  
 und Ja  
 den da  
 amore  
 wanken  
 W  
 Ganis,  
 nicht g  
 handel  
 unterd  
 öflichen  
 die Au  
 durch,  
 Fragen  
 Materie  
 gaben  
 Materie  
 Also ei  
 tödten  
 der neu  
 die erst  
 bien" c  
 nicht v  
 idenfal  
 ten deu  
 silferdi  
 beste.  
 bedeutet  
 griechi  
 herr G  
 serbisch  
 die bet  
 gelten;  
 der leg

## Zur Orientalischen Frage.

Ein Briefwechsel.

(Schluß.)

Die Russen selbst, wie die meisten Slaven, sind eifrige Anbeter der Zukunft (будущность); es wird ihnen, wie ihre Tagespresse beweist, schwer, irgend einen politischen Artikel zu schreiben, ohne an diese будущность zu appelliren, ihre Leser auf sie zu verweisen, sie durch sie zu trösten. Die Germanen und Romanen haben die Gewohnheit, mit Liebe von ihrer Vergangenheit zu sprechen; nicht so die Russen. Auch die Türken weisen auf eine Zukunft — aber im himmlischen Paradiese, während die Russen dies für sich schon auf der Erde herstellen wollen. Nur fehlt ihnen stets etwas dazu, was Andere besitzen.

Daß Sie sich nicht vor dem „Verdachte scheuen“, als Abspieler einer „russischen Intrigue“ zu gelten, das finde ich ganz natürlich, denn sonst hätten Sie ja schwerlich die Artikel über Serbien und Böhmen geliefert. Wenn Ihnen angenehm, so will ich mit Vergnügen zugeben, daß Ihr Muth größer ist als der meinige, der nur darin besteht, daß ich nicht aufhöre, mich über diejenigen lustig zu machen und, wo nöthig, mit vollem Ernste über sie herzufallen, die systematisch die „Russophobie“ verleben. Ich lege Ihnen zwei Separatabdrücke von Artikeln bei, die im Leipziger „Demokratischen Wochenblatt“ erschienen und Ihnen vielleicht nicht zu Gesicht gekommen sind. Sie werden daraus erkennen, daß ich mich der Arbeit ganz con amore hingebe, und durchaus rücksichtslos, denn, mit wankender Feder vollbracht, wäre sie verlorene Mühe.

Woher nehmen Sie denn an, daß ich das Werk von Caniz, welches Sie „das Hauptwerk über Serbien“ nennen, nicht gelesen habe? Aber es kann sich ja darum gar nicht handeln, sondern nur darum, ob ich in meinem, von Ihnen unterdrückten Briefe eine solche Unkenntniß der einschlagenden östlichen Angelegenheiten bekundet, daß Sie des wegen ihm die Aufnahme verweigern zu müssen glaubten. Jedoch dadurch, daß Sie mir schreiben: „Auch meine Ansichten in diesen Fragen stützen sich auf „gewissenhafte Benutzung der daherigen Materialien“, scheinen Sie zuzugeben, daß meine eigenen Angaben mindestens was „gewissenhafte Benutzung daheriger Materialien“ betrifft, nicht als unbegründet abzuweisen sind. Also ein triftiger Grund, daß Sie meinen Artikel nicht zu tödten versuchen mußten. Ihr Brief hat mich veranlaßt, in der neuesten Ausgabe des Brockhaus'schen Conversationslexikons, die erst bis zum Buchstaben S. geführt ist, den Artikel „Serbien“ aufzusuchen. Es ist möglich, daß das Caniz'sche Buch nicht vor Beendigung des betreffenden Bandes erschienen war; jedenfalls ist seiner keine Erwähnung gethan. Die angeführten deutschen Werke sind die von Milutinowitsch, Ranke und Silferdinz, die mir schon lange bekannt waren, ja die ich sogar besaß. Der Unterschied der cyrillischen und lateinischen Schrift bedeutet — ich wiederhole es — den Unterschied zwischen der griechisch-orthodoxen und der römisch-katholischen Religion. Wenn Herr Caniz meint, daß durch ihn „das Zusammenwachsen der serbischen Stämme nicht gestört werde,“ so kann das nur für die bekannte будущность, d. h. eine unbekannt Zukunft gelten; für die Gegenwart ist damit nicht zu rechnen. Eine der letzten Nummern des wöchentlichen Beiblattes zur Mooko-

векія Вѣдомости, die вoвременная Лѣтопись heißt und beständig mit Berichten russischer Agenten aus den fremdländischen, besonders österreichischen Slavländern angefüllt ist, behauptet, daß die Kroaten, deren es etwa 900,000 giebt, leider gezwungen sind in solche, die sich dem Fürstenthume Serbien zuneigen — sie nennen sich die nationale Partei — und solche, die mit Ungarn im Verband bleiben wollen — die unionistische Partei —, um im Falle der Zerstückelung Oesterreichs einen starken Staat bilden zu helfen — wohl ebenso sehr, wie ich dazu bemerke, wenn nicht mehr —, gegen Rußland, als gegen Deutschland und Italien. Von den eigentlichen Kroaten sind etwa 150,000 griechisch-orthodox und 700,000 katholisch. Aus diesem Zahlenverhältniß kann man leicht schließen, welcher Gesinnung die Majorität des kroatischen Volkes ist. Der Bericht erstattende Agent bedauert, daß es unter den Kroaten nicht so einflußreiche Wähler für Rußland giebt, als es Herr Palacki unter den Böhmen ist.

Im ganzen Osten spielt die Religion in allen Fällen die Hauptrolle, wie Ihnen die Grabeschlüssel — und die Russen verstehen sich gründlich auf jenen Firtelanz —, welche den Krimkrieg veranlaßt haben sollen, bewiesen haben müssen, und wovon ich mich während eines mehr als anderthalbjährigen Aufenthalts im Orient — zur Zeit der Belagerung von Sebastopol — zu überzeugen hinlänglich Gelegenheit hatte. Sie brauchen auch nur eine kleine Donaufahrt zu machen, z. B. von Batsiaß nach Czernawoda, wie ich es noch vor etwa 4 Jahren gethan, und die Unterhaltung mit Ihnen auf vielen Stationen wechselnden Reisegefährten aller Stände wird Ihnen die Richtigkeit meiner Behauptung schlagend darthun, nämlich, daß diese Osteuropäer ein jedes Gespräch über öffentliche Angelegenheiten, wo nur immer möglich, an die stupideste Religions säule anzulehnen versuchen. Ihre Autorität, Herr Caniz, würde mich nicht anderer Meinung hierüber machen können.

Ich glaube Ihnen aufs Wort, daß es Ihnen nicht „einfallen konnte, die Frage vollständig darstellen zu wollen.“ Ihre Behauptung, daß ich Ihnen „nichts Neues“ gesagt habe, abgesehen davon, daß Sie den Beweis dafür schulden, scheint ganz überflüssig. Ich hatte ja nicht einmal gewußt, daß Sie der Verfasser sind, und wollte mich ans Publikum wenden, welches über jene östlichen Angelegenheiten im Ganzen sehr schlecht durch die Presse bedient wird. Es steht um so schlimmer um Sie, wenn Sie trotzdem, daß meine „Ergänzungen“ nichts Ihnen Unbekanntes enthielten, es nicht verschmähen, über die wichtigsten Angelegenheiten Artikel zu schreiben, die, in Betracht der Zahrlässigkeit, der Trägheit, der Unbekanntheit der Leser mit dem Gegenstande, der Geneigtheit zum Haschen nach Schlagwörtern, wie die „Bereinigten Donaufaaten“ eins sind, das lesende Publikum irre führen müssen und Gefahren für das westliche Europa heraufbeschwören helfen. Wenn nicht „faktisch Unrichtiges“, so habe ich Ihnen, wie dem leichtsinnigsten Leser aus diesem Briefwechsel einleuchten muß, ein wenig Verschweigung der Wahrheit (suppressio veri) nachgewiesen.

Es mag „völlig irrelevant“ sein, ob Jemand mit „genug, genug“ oder mit „genug, schweige“ angedonnert wird, obgleich die drastische Wirkung schwerlich in beiden Fällen als gleich hingestellt werden kann, aber für mich war es durchaus nicht „irrelevant“, die russischen Agenten, Spione und ihre europäischen Freunde sehen zu lassen, daß man sich mit der slavischen und den slavischen Sprachen in Kreisen beschäftigt, wo

die schlaun Gesellen es am wenigsten erwarten, und zu Zwecken, die gar nicht als rein wissenschaftlich-philologische bezeichnet werden sollen. Daß der Präsident den Angeklagten gezwungen habe zu schweigen, war ich nicht in der Lage zu bestreiten und habe es auch nicht bestritten. Warum führen Sie nun solche Nebendinge wieder ins Gesicht?

Mein Artikel war also nicht sachlich gehalten?! Nun, danach wüßte ich nicht, wie ich Sie in „Sachlichkeit“ befriedigen könnte und werde lieber noch deutlicher „persönlich“. Erst erlauben Sie sich ohne Weiteres, auf Kosten Anderer Ihre persönliche Meinung zu drucken, deren Werth ich bereits hinlänglich gekennzeichnet zu haben glaube; dann gebrauchen Sie Gewaltmittel gegen „ergänzende“ Bemerkungen eines Miteigners, die Sie zwar als nicht „sachlich“ verwerfen, aber dessenungeachtet zu Ihrem eigenen Besten ausrauben. Fehlt Ihnen das Bischen Zartgefühl zu begreifen, daß ich, auf Ihren Brief hin, es mir mit Befriedigung auf immer verlagern muß, mich Ihrer hinterlistigen Censur zu unterwerfen? Sie wollten sich meiner entledigen und glaubten Ihren Zweck theilweise durch die anscheinende Dreistigkeit Ihrer Geständnisse zu erreichen, theilweise durch mehr oder minder direkte Einladung zur Beantwortung von Fragen, denen, wie Sie vermutheten, ich Anstand nehmen würde, ins Gesicht zu schauen. Ich dachte, ich hätte Ihnen schon einigen „klaren Wein eingeschenkt“ sowohl in meiner „Perle vor dem Genfer Kongresse“, als in den hier beigelegten, aus dem „Demokratischen Wochenblatte“ abgedruckten Artikeln. Ich will Ihnen aber den Becher noch voller gießen. Ich bestehe darauf — trotz der Restorischen Annalen — daß Rußland sich in keiner Weise in europäische Angelegenheiten zu mischen hat. Rußland gehört nicht zu Europa, und der nächste „Friedenskongreß“ sollte sich klar darüber aussprechen, ob es mit seinem Kaukasus, seinem Kokand, seiner Bucharei, seinem Sibirien, seinem Turkestan, seiner Mongolei, seinem chinesischen und seinem nicht-chinesischen Amurlande zu den „Bereinigten Staaten von Europa“ zu zählen ist oder nicht. Wenn diese Frage bejahend beantwortet wird, so widerrufe ich meinen Beitritt zur „Friedensliga“, deren Organ die „Bereinigten Staaten von Europa“ sein sollen. Ich behaupte, daß Rußland die ökonomischen Verhältnisse Europas gefährdet, die sich naturgemäß nach der Richtung hin entwickeln, in welcher den „Arbeitern“, den „Armen“ Europas, ein menschliches Leben gesichert wird. Ich behaupte, daß die europäische Kultur überhaupt ein Recht hat, sich nicht aus dem Südosten Europas verdrängen zu lassen. Sie drückt sich dort durch den Einfluß der Deutschen aus und in geringerem Grade durch den der Italiener. Wir, die Deutschen, müssen darauf bestehen, daß gegen uns und Europa im Allgemeinen die Donau nicht abgemauert werde, und wenn ich am Waranger Fjord in Norwegen, im Niemengebiet bis Nemel hin, im „Weichsellande“, an den Karpathen und längs der Donau den „russischen Pferdefuß denuncire“, so gründe ich meine „Denunciation“ auf ein Studium des Zusammenhangs bekannter geschichtlicher Thatsachen, während Ihr Beruhigungs-Gesammer seine Stützen in den Phantasiegemälden paradiesischer Zukunftsgebilde sucht. Ja wohl! Vor allen Dingen erst die europäische Faust gegen Rußland! Die Stammes- und Religionsbeziehungen der verschiedenen slavischen Brüder zu Rußland von Baugen und Prag bis Galaz, von Lemberg bis Fiume, von Pest bis Konstantinopel und Athen — sie sind für mich nur um so triftigere Gründe für unaufhörliche „Denunciation des russischen Pferdefußes“. Wo immer diese Stammes- und Religionsbrüder auf russische sogenannte Sympathie und Hülfe hin handeln, da klage ich sie des Verraths an, nicht an der Türkei, nicht an Ungarn, nicht an Oesterreich, nicht an Italien, nicht an

Deutschland, sondern an ganz Europa, des Verraths an der Bildung der ganzen Welt. Begreifen Sie nun, warum mir Lob und Tadel Rußlands gleich verdächtig sind? Und werden Sie zugeben, daß die „Frage“ durchaus nicht „schwierig“ wie „wie man sich überhaupt über Rußland äußern dürfe?“ Rußland, Serbien, die Moldau und Wallachei, Griechenland haben sich ganz und gar von der Türkei losgemacht oder sind nur in sehr losem staatlichem Zusammenhange mit ihr. Das halte ich nicht für „ungerecht“, nicht für „unvereinbar mit meinen Grundsätzen“. Es aber zu ermöglichen, daß die Kriegsmacht Böhmens und der slavischen Donauländer als Trabanten Rußlands erscheine, das können nur — außer den Russen — europäische Politik-Gunuchen. Dergleichen, behaupte ich, muß mit Gewalt verhindert werden, und unter den Umständen, die Ermangelung besserer, erscheinen mir der österreichische und türkische Staatsverband, hinter denen als Reserve, zu Lande Deutschland und Italien, zur See England und Frankreich erscheinen müssen, vorläufig als ausreichende Werkzeuge, den zur Selbsterhaltung Europas notwendigen Willen Geltung zu verschaffen. Rußland muß innerhalb gewisser Grenzen, die aber weit jenseits seiner Grenzpfähle liegen, aufgestaut werden. Ihnen noch „klarerer Wein einzuschicken“ über das Schicksal der „Donau- und Balkanvölker“ lasse ich mir nicht beikommen. Auf dem Felde noch größeren Prophetenthums, den Südosten Europas betreffend, als das meinige ist, mögen Sie vollkommen frei gebieten. Irgendwo muß meine Weisheit oder meine Dummheit beginnen. Dies Zugeständniß mache ich Ihnen, trotzdem Sie wohl Niemandem in Europa als politischer Prophet bekannt waren, bevor Sie von einer Gesellschaft, deren Mandatkraft stark anzuzweifeln ist, zum Redakteur der „Bereinigten Staaten von Europa“ ernannt wurden.

Ihr Brief schwigt von Muth. Sie haben weder durch Ihre Artikel des Agententhums für Rußland verdächtig zu werden, noch vor Rußland selbst. Solche muthige Gesellen hat es gewiß auch unter den Schweden, Sachsen, Polen, Türken und Persern gegeben, und doch sind ihre Länderlein von den Russen stark angegriffen oder fast ganz aufgefressen worden. Und dennoch — und am Ende gar grade deswegen — sollen wir Deutschen keine Ursache haben, uns vor ihnen zu fürchten?! Hier streiche ich vor einem Alpen-Berfiker, wie Sie es sind, meine Flagge. Ich bin ein feiger Russophobe. Ich behaupte, nicht nur hat sich Deutschland, sondern ganz Europa hat sich vor den Russen zu fürchten; denn seine Macht würde z. B. nicht wachsen, wenn die Russen, von den Deutschen geschlagen, wie von Ihnen richtig prophezeit, sich selbst Galizien und die Dakoromane und sonst noch etwas, den Vorkämpfern Böhmen, Süddeutschland und sonst noch etwas, von den Bonapartes Belgien, das linke Rheinufer und sonst noch etwas in die Taschen schöben. Wie immer es mit Ihrer Philosophie der Geschichte und Ihrer Kenntniß der Größenlehre aussehe mag, Sie müssen mir zugeben, daß Europa um das russisch gewordene Finnland z. B. verkleinert worden ist, trotzdem daß Schweden um Norwegen, zur Vertuschung des finnischen Handels und unter dem Mantel der Bestrafung Dänemarks, vergrößert wurde. Zur Zeit, als Europa sich um die Ideen der französischen Revolution bereicherte, und um die bonapartistische Königsmacherei, da verschlang Rußland auch den größten Theil Polens, das türkische Bessarabien und einige persische Provinzen. Alles, wenn man Voltaire und den französischen Encyclopädisten glauben wollte, die, wie Ihnen gewiß auch nicht neu, von der deutschen Duhlerin Katharina mit Geld bestochen waren, ad majorem Europae gloriam.

Nun dürfen Sie sich die Hände reiben. Sie dürfen nur auf diese letzten Sätze verweisen, mitleidig die Achseln zucken

und ausrufen: „Diese Russenstesserei gründet sich auf nichts als die alte verfaulte Diplomatenpolitik.“ Aber nur noch ein wenig Geduld. Ich bin noch nicht ganz mit Ihnen fertig! Sie sagen: „Deutschland allein ist Rußland überlegen, wie viel mehr das ganze nicht-russische Europa, wenn es nur will.“ Das ganze nicht-russische Europa muß also wollen, um Rußland überlegen zu sein. Braucht „Deutschland allein“ etwa nicht zu wollen und würde es dennoch Rußland überlegen sein? Der Mangel an Folgerichtigkeit Ihres Denkens ist einleuchtend. Aber kann denn durch Ihre Artikel überhaupt ein Wille erzeugt werden? Oder sind sie nicht vielmehr dem Inhalte wie der Form nach auf der Höhe derjenigen, durch welche während ganzer Generationen, vermittelt einer zum weitaus größten Theile im Dienste der bevorzugten Klasse stehenden Presse, die europäischen Hirnschädel russifizirt worden sind? Bisher war die Diplomatie in den Händen der Höfe, des Adels, der leidenschaftlichen Plasmacher. Mag sich Herr Albert de Broglie in seinem neuesten Buche „La diplomatie et le droit nouveau“ für die alte geschicht tanzende, geschicht spielende, geschicht singende, geschicht klatschende, geschicht Diplomatie begeistern! Sie war es z. B., welche sich bemühte, der dämlichen, duseligen Welt die Schnurre aufzubinden, daß die Russen vor etwa 100 Jahren Polen nur zum Schutze der volnischen Religionsdiffidenten überflutheten. Unter ihrer Leitung ist das Moskowitertum in das politische System Europas eingelassen worden. Von diesen Eisernen für die Rettung und möglichste Ausdehnung ihres persönlichen Besitzes ist kein erster Widerstand gegen die Russen zu erwarten, für deren Anklebung an Europa hungernde, abenteuernde, pflüßige, geschickte Auswürlinge jener, Behufs Ausbeutung der den Arbeitern gebörenden Cultur Europas vermittelt Millionen bewaffneter Halbwild, seit anderthalb Jahrhunderten emsig gearbeitet haben. Gegen diese Gaullenzer-Horden, zu deren leichter Vorwärtsbewegung nach Europa seine Kapitalisten mit wahrem Feuer-eifer die Eisenbahnen bauen, ist schließliche Rettung nur von unseren vereinigten, des Ziels sich bewußten, hädtischen und ländlichen Arbeitern zu erwarten. Nicht nur, daß die Russen ihre nördlichen rauheren Landstriche, wo der Winter 7 bis 8 Monate dauert, nicht kultiviren, wie es uns der Nichts-als-Aristokrat v. Liliensfeldt in seiner soeben erschienenen Schrift „Земля и Воля (Land und Freiheit) Petersburg 1868“ bekräftigt, und daß man sie dort durch eine neue kniffige Sklaverei wird festbannen müssen, damit sie nicht von der черноземной (schwarzerdigen) Erde nach Süden, nach der черноземной (schwarzerdigen) Erde wegnomadistren, wenn der баринъ (Baron) und помещикъ (Gutsbesitzer) nicht schnell ganz verlunden soll —, aber sogar in den südlicheren, viel ergiebigeren Landstrichen, wo die Länge des Winters nur fünf Monate ist, hat die Dichtigkeit der Bevölkerung schon bedeutende Uebersiedelungen nach Sibirien und dem Kaukasus hin veranlaßt, da die Russen nur fähig sind, den fetten Boden ganz oberflächlich auszurauben. Was also können die Russen Anderes meinen, wenn sie von ihrer großen „Zukunft“ sprechen, als die Epochen, in denen sie zu weiterer Plünderung ihrer fleißigen, reichen Nachbarn werden ausziehen können? Die vereinigten Arbeiterheere Europas werden ihnen das Arbeiten mit den Hinterladern aufnöthigen müssen. Kaum sind sie in Kolland und Buchara eingezogen, so sollen sie sofort ein Verbot gegen jegliche Einfuhr nichtrussischer Waaren erlassen haben. Ist eine solche Maßregel nicht, grade wie die Grenzsperre in Europa, gegen die Arbeiter Europas gerichtet? In welcher Wechselbeziehung dergleichen Dinge zum Wohlergehen dieser stehen, wird ihnen bei steigender Bildung klarer werden. Dann dürften sich in Böhmen sogar die Panславистen und

Bangermanisten die Hände reichen gegen die czechischen und deutschen Arbeiter, wenn diese etwa das „Eigenthum“ angreifen und gleichzeitig auf die Russen hauen wollen. Herr Palaschi kann Ihnen einige belustigende Mittheilungen hierüber aus seinen Erinnerungen an das Jahr 1848 machen. Wie im Jahre 1863 die erste Veranlassung zur Bildung der bereits sehr bedeutenden, einflussreichen „Internationalen Arbeiterassoziation“ der Wunsch war, für die Wiederherstellung Polens aufzutreten, so wird hoffentlich sehr bald und für immer in ihr Programm aufgenommen werden: Allgemeine Drohstellung gegen Rußland.

„Die Sache“ und „nicht Persönlichkeiten“ haben Sie „im Auge“! Diese Finte, halb Vertheidigung, halb Angriff, ist eben so abgedroschen, wie sie erlaubt ist. Gewöhnlich wird sie von Denen angewandt, die einer ernstern, gründlichen Behandlung unfähig sind oder sie zu vermeiden wünschen. Ich verweise Sie, bezüglich dieses vermeintlichen Kunstschmisses, auf die kräftigen Ausführungen in den Junius-Briefen, und rathe Ihnen auf meine eigene Faust, sich stets „die Sache“ in den Kopf einzubefolgen und „die Persönlichkeiten“ „im Auge“ zu behalten. Ihre liebe Unschuld, „daß Sie nämlich nicht auf Schleichwegen gehen und auch Andere nicht auf Schleichwegen suchen“ — füllt mich nicht mit Reid. Oh ich auf Schleichwegen gehe, überlasse ich Anderen ausfindig zu machen; daß ich leider oft Andere auf Schleichwegen suchen muß, gestehe ich mit Vergnügen ein.

Da Sie mir Gelegenheit geboten haben, darzutun, ob ein Unterschied und welcher zwischen uns Beiden besteht, so liegt mir nun weiter nichts dran, „die Differenz auf diesem Wege auszumachen“. Dabin scheint mir überhaupt kein Weg zu führen. Auch ist der „Kongreß“, zu welchem Russen zugelassen sind, aus einfachen Schlichleitrücksichten nicht der Ort, an dem ich mündlich mit Ihnen eine Verständigungslanze zu brechen beabsichtigen könnte.

Sie dürfen vielleicht von der Handgreiflichkeit meiner ganz vulgären Erörterungen angeekelt sein. Sie zu erfrischen, erlaube ich mir, Sie auf die Predigt eines Russen, des Herrn „Peter Boborukin“ aufmerksam zu machen. Sie steht gedruckt in der modernscholastisch-langweiligen, comteistischen, positivistischen „Fortnightly Review“ für den Monat August d. J. Herr Boborukin spielt darin auf einer dreiseitigen russischen Zither, Balalaika genannt, ein Potpourri ab über den russischen „Nihilismus“, um seine innige Zusammengehörigkeit mit der europäischen Philosophie nachzuweisen. Er scheint eine Agentur zum Betriebe russischer Philosophie im Auslande übernommen zu haben und eifert für die Geistesvermittlung, wie die russischen Historiker und Diplomaten für die Landesvermittlung mit Europa. Die sichtbaren Urbäter des russischen „Nihilismus“ sind aber nicht Plato und Aristoteles, auch nicht Bacon, Descartes, Newton und Leibniz, oder Kant, Fichte und Hegel — sondern Karl Vogt, Büchner und Moleschott. Das alte Testament der Nihilisten ist „Kraft und Stoff“, das neue Darwins: „On the Origin of species“, ihr Feldgeschrei „чело-вкъ червякъ“ (der Mensch ist ein Wurm). Sie besitzen zwar keine philosophischen Bücher, es giebt auch keine philosophischen Vorlesungen in unserem Sinne, die „Nihilisten“ haben auch keine Zeit zum Studiren, da sie die russische Welt über zu viele Dinge zu belehren haben, und dennoch versichert uns Herr Boborukin, daß der „Nihilismus“ von großer Bedeutung ist, nicht nur für die Russen, sondern auch für die übrige civilisirte Welt.“ Sein Schluß dürfte Sie am meisten ansprechen, da er ein Trost ist, der Ihnen gegen meinen Russophoben-Krawall dienlich sein kann. Er lautet: „Seine (des „Nihilismus“) besten Theoreme haben in den Geistern der aufwachsenden Generation in Ruß-

land tiefe Wurzeln geschlagen und bedürfen nur der Um-  
 arbeitung in ein vollständiges und positives System, um zu  
 gesunden Grundsätzen zu werden, in denen Europa ein bestän-  
 diges Unterpfand finden dürfte gegen alle die Civilisation be-  
 drohenden Tendenzen des russischen Kolosses.“ Habe ich „anti-  
 civilized tendencies“ nicht richtig überseht, so mag Herr  
 Boboruikin sagen, wie es besser zu machen ist. Hier hat sich  
 nämlich ein Russe wieder erlaubt, ein Wort zu bilden, welches  
 gar kein Wort ist. Uncivilized ist das richtige Wort; das  
 war aber dem Russen von zu klarer Bedeutung. Leider hat es  
 die „Fortnightly Review“ mit der Comte'stischen „positivistischen“  
 Philosophie schon so weit gebracht, daß sie vorläufig nur monat-  
 lich erscheinen wird, wir also seltener Gelegenheit haben wer-  
 den, die russische aufkeimende Philosophie in schlechtem eng-  
 lischen Sprachgewande einherstolpern zu sehen. — Bitte ja zu  
 bemerken, wenn die Comte'sche Philosophie zur russischen  
 Staatsmaxime erhoben ist, dann, — aber auch nur dann —  
 haben wir nichts mehr von Rußland zu befürchten. Boboruikin  
 sprach. Und Boboruikin weiß Alles ganz genau, denn Bo-  
 boruikin hat wahrscheinlich die Comte'sche Wissenschaftslehre  
 gelesen, die, etwa 17 Jahre nach der Hegel'schen erschienen, den  
 Raubbau auf wissenschaftlichem Gebiete erleichtert und heiligt.  
 Es war, glaube ich, zur Zeit Bladimir's, als die „heidnischen“  
 Russen eine „Religion“ brauchten. Bladimir suchte, fand und  
 wählte. Jetzt brauchen die „religiösen“ Russen eine „Philoso-  
 phie“. Boboruikin hat sie schon. Es fehlt nur noch der  
 Ukaß. Eines schönen Morgens Ero Императорское Величе-  
 ство изволят (Seine Kaiserliche Majestät wird geruhen) u. s. w.

Sie schreiben mir, „daß die Meinungen darüber noch nicht  
 festgestellt sind“. Sie begreifen wohl auch Ihre eigenen Mei-  
 nungen darunter! Die meinigen sind jedenfalls nicht sehr  
 wackelig und ich hoffe, den Ihrigen hiermit eine bescheidene  
 Stütze verschafft zu haben.

Ihr ergebener

Sigismund L. Borkheim.

(Beendet auf einer Erholungsreise zu Frankfurt a./M.

20. August 1868.)

Der Vorort des Vereinstags deutscher Arbeitervereine  
 macht bekannt, daß Arbeitervereine, welche dem Verbands-  
 angehören, die in Nr. 16 der „Deutschen Arbeiterhalle“ vom  
 25. August 1868 empfohlene Schrift: „Die Internationale  
 Arbeiterassoziation. Ihre Gründung, Organisation, politisch-  
 soziale Thätigkeit und Ausbreitung. Von Wilhelm Eichhoff.  
 Berlin 1868“, durch Vermittelung des Vororts zum herabge-  
 setzten Preis von 5 Sgr., statt des Buchhändlerpreises von  
 12 Sgr., beziehen können.

Die Schrift ist allen denen zu empfehlen, welche unsere  
 Gegner über die Verdienste dieser Assoziation um die arbei-  
 tende Klasse aufzuklären und zu belehren wünschen. Insbe-  
 sondere ist allen denjenigen Vereinen, welche in Folge der  
 heutigen Austrittserklärung ihrer Deputirten sich in nächster  
 Zeit über die Frage schlüssig zu machen haben werden, ob sie  
 aus dem Verbands deutscher Arbeitervereine scheiden, oder auch  
 fernerhin demselben angehören wollen, zu empfehlen, sich aus  
 der genannten Schrift über die Tendenzen und Ziele der Inter-  
 nationalen Arbeiterassoziation zu unterrichten, ehe sie den ihre  
 künftige Stellung zum Verbands deutscher Arbeitervereine ent-  
 scheidenden Beschluß fassen.

Nürnberg, 7. September 1868.

A. Bebel,  
 Vorsitzender.

Verantwortlicher Redacteur: W. Liebknecht.  
 Redaktion: Braustraße 11.

## Einladung zum Abonnement auf die in Darmstadt erscheinende Hessische Landes-Zeitung.

Organ der demokratischen Partei.

Indem wir uns erlauben zum Abonnement auf unser  
 Blatt für das 4. Quartal einzuladen, machen wir darauf auf-  
 merksam, daß wir uns seit dem 1. Juli d. J. rückhaltlos als  
 Organ der demokratischen Partei erklärt haben, und daß no-  
 mentlich die demokratische Partei in Hessen solidarisch mit uns  
 verknüpft ist. Damit ist unser Standpunkt von selbst gegeben.  
 Wir kämpfen seit dieser Zeit energisch für die unveräußerlichen  
 Rechte des deutschen Volkes, mitzuwirken zur Bestimmung sei-  
 nes Schicksals und seiner Zukunft. Nicht was irgend dyna-  
 stischer Ehrgeiz zu eigenem Nutzen und Frommen zu erstreben  
 sucht, sondern das, was aus dem Volke heraus zur Lösung  
 der Einheits- und Freiheitsfrage geschaffen werden kann, zu  
 unterstützen ist unsere Aufgabe. Was speciell unser engeres  
 Vaterland, Hessen, betrifft, so kämpfen wir für Erhaltung seiner  
 Selbstständigkeit, weil wir nur in der Gleichberechtigung der  
 Stämme den Weg zu einer Lösung der deutschen Frage finden  
 können. Dem freigewählten Parlamente werden sich diese  
 Stämme alle beugen, die Gewalt wird nur den Bürgerkrieg  
 zur nothwendigen Folge haben. In den innern Angelegenheiten  
 waren wir von jeher entschieden freisinnig und werden es  
 bleiben. So wird, in demokratischem Sinne für die Wieder-  
 vereinigung des Gesamt Vaterlandes wirkend, unser Blatt fort-  
 fahren, dem Leser, wie seither, ein genaues Bild der Tages-  
 Ereignisse zu verschaffen und, laden wir Freunde und Gesin-  
 nungsgenossen zu thätiger Mitarbeiterschaft ein.

### Der Abonnementspreis

für einen Monat beträgt für die hiesigen Einwohner und solche  
 Interessenten, welche das Blatt direkt von unserem Bureau  
 beziehen, nur 20 kr., derjenige für ein Vierteljahr nur 1 fl.  
 Auswärts, durch die Post bezogen, kostet das vierteljährige  
 Abonnement nur 1 fl. 29 kr. = 24 1/2 Gr. Man bestelle aus-  
 wärts in dem Falle nur bei dem zunächst gelegenen Post-Amte,  
 daß ein direkter Bezug, etwa durch Boten, nicht statthaben  
 kann oder beliebt wird.

Darmstadt, im Juni 1868.

Redaktion und Expedition.  
 Ernst-Ludwig-Straße 5.

## Neue Badische Landes-Zeitung.

Deutsch!! Mannheimer Anzeiger. Demokratisch!!  
 Täglich 2 mal in Groß-Royal-Format. — Auflage 6800.  
 Für das Vierte Quartal 1868 (Oktober, November, Dezember)  
 im Verlage 1 fl. 15 kr. = 22 Sgr., auswärts 1 fl. 34 = 26 Sgr.  
 Anzeigen die 5 spaltige Petitzeile 3 kr. = 1 Sgr.  
 Hierzu ladet ein.

Mannheim, im September 1868.

Die Verlagsbuchhandlung J. Schneider.

Leipzig. | Druck und Verlag: C. W. Volkraht.  
 Expedition: Bindmühlenstraße 14.